

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachmittags um 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Vorbestellung im Voraus 20 Mark, bei Bestellung durch die Post 22 Mark. Der Postzuschlag beträgt 2 Mark. Die Wilsdruffer Tageblätter werden auch in den Provinzen und im Ausland bezogen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung über die Zeitdauer des Verzugs. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beifügt.

Abonnementpreis: Die Wilsdruffer Tageblätter zu 20 Mark monatlich, die Wilsdruffer Tageblätter zu 20 Mark monatlich, die Wilsdruffer Tageblätter zu 20 Mark monatlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wilsdruffer Tageblätter werden auch in den Provinzen und im Ausland bezogen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung über die Zeitdauer des Verzugs. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beifügt.

Nr. 34. — 84. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Dienstag den 10. Februar 1925.

Wolken über Vorderasien.

Selten hat ein Volk so auf der Höhe des Erfolges gestanden und ist dann so jäh in den Abgrund des Misserfolges hinabgestürzt wie das griechische. Mitten in Kleinasien standen seine Heere, eine türkische Armee schien noch vorhanden zu sein, nur noch eine kurze Strecke trennte die Griechen von der Hauptstadt Angora — da kam der furchtbare Fall. Mustafa Kemal Pascha, el Ghazi, der Siegreiche, wie ihn hernach sein dankbares Volk gerettetes Volk nannte, schlug die Griechen mit weit überlegenen Streitkräften entscheidend auf Haupt und legte sie hinaus aus Kleinasien. Mit den griechischen Heeren segte er aber auch hinaus die gesamte griechische Bevölkerung: Auge um Auge, Zahn um Zahn, das gilt im Orient genau so, wie vor 3000 Jahren. Satten die Griechen bei ihrem Vordringen gen Osten nichts Türkisches gesehen, so kam jetzt die Vergeltung. Smyrna, die größte griechische Kolonie, brannte nieder und bis zum Marmarameer hinauf gab es keinen Griechen mehr in Kleinasien.

Der Lausanner Friede kam und mit ihm die Bestimmung, daß die Griechen, die noch in der europäischen Türkei, die noch in den Küstenländern des Marmarameers saßen, auswandern durften oder auswandern mußten. Zehntausende von ihnen wanderten ab aus den Städten, wo ihre Vorfahren seit Hunderten oder Tausenden von Jahren gelebt hatten, denn Konstantinopel, das alte Byzanz, war ja eine wohl zur Hälfte griechische Stadt. Und der Mittelpunkt aller dieser Griechen war ihr religiöses Haupt, der Patriarch von Konstantinopel. Er war der Leiter aller der Bestrebungen, die darauf hinausgingen, Byzanz wieder zum Mittelpunkt eines großen griechischen Reiches zu machen, zu dem Griechenland, die Inselwelt des ägäischen Meeres, Mazedonien mit Saloniki, aber auch der westliche Teil Kleinasiens gehören sollte bis nach Rhodos hinunter. Wieder sollte die Hagia Sophia in Konstantinopel auch der Mittelpunkt der griechischen Kirche werden, der Halbmond, der 1453 das griechische Kreuz oben auf der Spitze erhebt hatte, sollte wieder befestigt, durch das griechische Kreuz ersetzt werden.

Die Träume sind angekränelt und der Strom der Auswanderer aus der Türkei nach Griechenland, der nach ziemlich genauen Angaben wohl an 250.000 Menschen umfaßt, ergoß sich über das Mutterland. An der Küste trafen die Türken das griechische Element durch die Ausweisung seines Patriarchen aus Konstantinopel. Natürlich protestierte das griechische Parlament, versieg sich der griechische Kriegsminister zu Drohungen mit Krieg. Aber das sind Drohungen, die man auf der anderen Seite, in der Türkei, doch nicht ernst nimmt. Es kam von Athen in der die übliche Protestnote gegen die Ausweisung des Patriarchen, aber die türkische Regierung lehnt alles ab, was ihr in jener Note vorgeschlagen wird, hauptsächlich daß der Völkerbund oder das Haager Schiedsgericht zur Entscheidung über die Berechtigung zu jener Ausweisung herangezogen werden sollen. Ausdrücklich erklärt das türkische Außenministerium, daß man gar nicht daran denkt, nachzugeben. Immerhin konnte man doch so weit entgegen, daß an Stelle des ausgewiesenen Patriarchen ein neuer gewählt werden solle, und man erwartete diese Neuwahl. Und in deutlicher Antwort erklärt das Außenministerium, daß die Türkei zwar den Frieden wünsche, aber auch für den Krieg bereit sei.

Trotz dieser Ablehnung will nun die griechische Regierung die ganze Angelegenheit doch dem Haager Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreiten. Der Patriarch Konstantin, der jetzt ausgewiesen ist, war bei den Türken überaus unbeliebt. Denn als die Entente 1918 Konstantinopel besetzte, da war unter den ersten von denen, die die Eroberer begrüßten, jener Patriarch. Das haben ihm die Türken nicht vergessen. Gewiß sind in Angora die Verhältnisse nicht mehr so einfach, und jenseits der Unionslinie steht Kemal, der Präsident der türkischen Republik, auf parlamentarische und innerpolitische Schwierigkeiten — er hat einmal gesagt, daß der allerkritischste Tag für die Türkei der Tag des Friedensschlusses sein würde, weil mit diesem Tage der Wiederaufbau des zerstörten Landes beginne — aber Drohungen Griechenlands können nur den einen Erfolg haben, auf eine vollkommen einige und vollkommen geschlossene Türkei zu setzen. Griechenland ist in seinem Kampf von seinem englischen Bundesgenossen im Stich gelassen worden, als das Glück von den griechischen Waffen wich, aber der englisch-französische Gegensatz in Vorderasien ist auch heute noch derselbe, wie vor drei Jahren. In der Platte der englischen Interessensphäre von Mesopotamien bis nach Palästina steht die französische Kolonie Syrien und gegen die englischen Palästiner im Libanonland, im Hebschas und in Mesopotamien steht Ibn Saud, der Führer der Araber, vor mit tagtäglich wachsendem Erfolg. Da kann England einen griechisch-türkischen Krieg weniger denn je gebärden und die ganze Auseinandersetzung wird über einen Notenwechsel und griechischen Klagen vor Völkerbund und Schiedsgericht nicht hinauskommen, weil diesem Lande das einzige fehlt, was ihm sein Recht oder das, was es dafür hat, verschaffen kann, nämlich die Macht.

Justiz und Barmat-Ausschüsse.

Verdunkelung in den Standalaffären

Berlin, 7. Februar. In den Varnat-Ausschüssen des Reichstages und des Preussischen Landtages, die heute wieder zusammengetreten sind, herrscht nicht mehr alles. Es herrscht ein gerechtes Ton unter den Ausschussmitgliedern, und überdies hat sich, wie schon angekündigt worden war, jetzt die Justiz eingeschaltet, um gegen die Ausschussberatungen, die geeignet seien, den Genuß des gegen Barmat und Kautzler eingeleiteten Strafverfahrens zu gefährden, Einspruch zu erheben. Im Reichstagsauschuß gab das preussische Justizministerium die Anregung, die Verhandlungen des Ausschusses so lange auszuschieben, bis die Untersuchung der Gerichte soweit gefördert worden sei, daß die Gefahr einer Verdunkelung des Tatbestandes nicht mehr bestehen bliebe. Das würde so etwa Ende März der Fall sein.

In ganz vertraulicher Sitzung — ausgeschlossen wurden nicht nur die dem Ausschuss nicht angehörnden Reichstagsabgeordneten, sondern selbst die Vertreter des Reichsanwalts und des preussischen Finanzministeriums — beschloß man, zu den Darlegungen des Vertreters der Justiz Stellung zu nehmen. Auf Antrag des Abg. Pfleger (Bayern, Sp.) faßte man dann einstimmig den Beschluß, die Vernehmungen über die Postkredite einzustellen auszusehen. Eingeleitet worden waren diese Vorgänge durch Zusammenstöße zwischen Sozialisten und Deutschvölkern. Die letzteren hatten erklärt, daß sie das von ihnen angebotene riesenhafte Belastungsmaterial nicht mehr beizubringen gedenken, weil der Ausschuss in seiner letzten Zusammenkunft keine Gewähr für eine einwandfreie Untersuchung biete. Die Sozialdemokraten bezeichneten diese Handlungswiese als „ein feiges Prüden vor der Verantwortung“.

Landtagsauschuß gegen den Vorkühnen

Berlin, 7. Februar. Im Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages in der gleichen Affäre kam es heute zu heftigen Zusammenstößen. Dort führte an Stelle des verabschiedeten Vorkühnen Dr. Leidig (D. Sp.) der demissionarische Abgeordnete Dr. Deebert, ein Berliner Kammergerichtsrat, den Vorkühnen. Ihn beschuldigten nun die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses, bei der Vernehmung des Ministerialdirektors Dr. Fall sich durch ungeschickliche Fragen parteiisch gezeigt zu haben. Es ging mit Für- und Widerreden hin und her, bis die Sozialdemokraten gegen Deebert ein Mißtrauensvotum einbrachten. Zur Abstimmung darüber brauchte es nicht erst zu kommen, da Dr. Deebert schon infolge des Antrages sein Amt niederklegte. Die demissionarischen Mitglieder des Ausschusses behielten sich vor, darüber zu befinden, ob diese freiwillige Entlassung gerechtfertigt sei. Damit es aber überhaupt weitergehen konnte, wurde vorläufig der Abg. Dr. Finckelmann zum Vorkühnen bestimmt und es begann die

Die Entschädigungen für die Ruhr.

2000 Millionen Goldmark.

Berlin, 7. Februar. Das Berliner Tageblatt behauptet in seiner heutigen Abendnummer die Ruhrindustrie habe vor den verabsprochenen 20 Millionen Entschädigungen durch die „Hisa“ (Hilfskasse), eine Organisation, die bald nach Beginn des Ruhrkampfes begründet und dem Reichswirtschaftsministerium unterstellt wurde, für mindestens 2 Milliarden Kredite auf nicht werbeständige Grundlage erhalten. Die Ruhrindustrie habe mit den Geldern ihre Veranlagen ausgebaut und teilweise auch Summen in werbeständige Devisen umgewandelt. Die Kredite seien dann später infolge des Marksturzes mit einigen Papiermark zurückgezahlt worden. Das Reichswirtschaftsministerium habe diese Kredite begünstigt und sich nicht für werbeständige Berechnung eingesetzt. Reichswirtschaftsminister war damals der volksparteiliche Abgeordnete Decker. Das Blatt, das diese Darlegungen bringt, fordert von der Reichregierung Aufschluß und Untersuchung.

Erklärungen des Bergarbeiterverbandes.

Der Bergarbeiterverband veröffentlicht eine Erklärung, in der er sich gegen die Behauptung wendet, er habe sich für die Entschädigungen an die Ruhrindustrie eingesetzt. Am 19. Oktober 1923 fand nach dem Wortlaut der Erklärung in Berlin eine Sitzung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern statt. In dieser Sitzung berichtete Oberbergat v. Velken über die bis dahin stattgefundenen Verhandlungen der Sechserkommission mit der Vicum. Am Schluß seines Berichtes machte er die Mitteilung, die Regierung habe erklärt, ab 20. Oktober die Zahlung der Zuschüsse an das Ruhrgebiet einzustellen.

Bernennung des Abg. Wissell, der in einem Brief an den Ausschuss erklärt hatte, daß alles, was der Kriminaloberinspektor Klinghammer über seine Tätigkeit bei der Aus- und Einfuhrbewilligung ausgesagt habe, falsch sei. Wissell verbat sich zunächst, mit „Reichsminister“ angeredet zu werden, da er das ja nicht mehr wäre. Dann erklärte er, daß er als Wirtschaftsminister nie eine Aus- oder Einfuhrbewilligung für Brucapier (das war von Klinghammer behauptet worden) erteilt habe, da er dafür ja gar nicht zuständig gewesen sei.

Um das beschlagnahmte deutsche Eigentum.

Eigener Fernsprechkreis des „Wilsdruffer Tageblattes“. Berlin, 9. Februar. Die Morgenblätter werden aus Washington: Die Einbringung des Antrags Vorab über die Rückgabe des beschlagnahmten Eigentums hatte in der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten eine Debatte zur Folge, in der der demokratische Senator Johnson erklärte, die Regierung habe gemäß den Bestimmungen des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages nicht das Recht, das Eigentum zurückzugeben. Wenn Amerika das beschlagnahmte Eigentum zurückgeben würde, so würden die amerikanischen Steuerzahler schließlich die Lasten für die Ansprüche amerikanischer Staatsbürger gegen Deutschland zu tragen haben. Der Senator Simmons erklärte, das Eigentum solle so lange beschlagnahmt bleiben, bis Deutschland die Versicherung abgegeben habe, daß es die amerikanischen Schadenerschaftsprüche zu zahlen beabsichtige.

Für Deutschlands Völkerbunds-Beitritt.

Paris, 9. Februar. Paul Boncour, der Präsident des Ausschusses für nationale Verteidigung, sprach am Sonntag über das Thema: „Die Zukunft Europas und der Völkerbund“ und erklärte, es läge im Interesse Europas, Frankreichs und auch Deutschlands, wenn sich die deutsche Regierung nunmehr bald um die Aufnahme in den Völkerbund bemühe. Voraussetzung sei noch wie vor, daß Deutschland keine Ausnahmehandlung verlange.

Zum griechisch-türkischen Konflikt.

Berlin, 9. Februar. Der „Volksanzeiger“ meldet aus Konstantinopel: Die Zeitungen veröffentlichten eine Meldung, wonach griechische Truppen an der Grenze von Thrazien konzentriert werden. In offiziellen türkischen Kreisen erklärt man, keine Befähigung dieser Meldung zu haben. Die Türkei sei aber entschlossen, eine Aktion zu unternehmen, falls die Meldung bestätigt werden sollte.

Wazu bemerkte Hugo Stinnes, in wenigen Tagen werde die arbeitende Bevölkerung des Ruhrgebietes, vom Hunger getrieben, zu den verzweifeltsten Mitteln greifen. Die Loslösung des Rhein-Ruhrgebietes und die Errichtung eines Rhein-Ruhrstaates sei die Folge. Komme es soweit, dann müsse sofort versucht werden, zu einer Regelung der Rhein-Ruhrwirtschaft mit den Franzosen zu gelangen. Für diesen Fall fordere er die Hilfe der Gewerkschaften. Generaldirektor Bögler bemerkte, daß, wenn der Rhein-Ruhrstaat nicht zu umgehen sei, sofort mit den Franzosen in Verhandlung getreten werden müsse über eine möglichst günstige Grenze dieses Rhein-Ruhrstaates.

Die Arbeitnehmer lehnten diese Gedankengänge ab. Zu der Ankündigung der Regierung, die Zahlungen für das besetzte Gebiet einzustellen, sah die Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes am folgenden Tage den Beschluß, zu verlangen, daß das Reich die Reparationen der Sachleistungen für die Reparationen übernehmen und diese nicht dem besetzten Gebiet überlasse. Die Rückzahlung werde das Chaos im Ruhrgebiet und die Abtrennung des Rhein- und Ruhrgebietes vom Reich sowie die wahrscheinlich Errichtung eines Rhein-Ruhrstaates unter französischer Oberhoheit bedeuten. In der Entschädigung wird mit keinem Wort etwas über Entschädigungen gesagt.

Die Goldmilliarden der Ruhrhilfskasse.

Abvertriebene Gerichte. Berlin, 8. Februar. Ein Berliner Blatt bringt eine Darstellung über „Goldmilliarden der Ruhrhilfskasse“, in der von einem Geschenk des Reichs noch vor den Millionenentscheidungen gesprochen wird. Hierin wird amtlich feststehendes festgestellt.

gebildet, auch im Ständebau hat es sich...
Stoffdrücken im Obergarten...
Die Montieren, diese naturwunderlichen...
Tones aus Selt und Garten...
Das Mittel der geliebten Verlobten...
Sollte die...
Stoffdrücken im Obergarten...
Die Montieren, diese naturwunderlichen...
Tones aus Selt und Garten...
Das Mittel der geliebten Verlobten...
Sollte die...